



Dr. Dr. h.c. Volker Jung

16. Februar 2018

Grußwort zur Bundesweiten Vorbereitungstagung der Interkulturellen Woche 2018

Frankfurt, Haus am Dom, 16. Februar 2018

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Vorbereitungstagung der diesjährigen Interkulturellen Woche begrüße ich Sie ganz herzlich hier in Frankfurt. Es ist großartig, dass Sie die Interkulturelle Woche vorbereiten. Nach meinem Eindruck ist sie wichtiger denn je.

„Vielfalt verbindet“ behauptet das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche. Und das scheint auch eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland so zu sehen, wie eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt¹. 79 Prozent akzeptieren dieser Studie zufolge gesellschaftliche Vielfalt ohne Wenn und Aber. Dieser Befund passt so gar nicht zum aktuellen politischen Diskurs. Statt die reale Vielfalt zu gestalten, dominieren Debatten über Grenzen, Ängste und Überforderungen. „Allen Unkenrufen zum Trotz ist es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland nach wie vor gut bestellt“, so die Studie wörtlich.

Noch ein anderes Datum der Bertelsmann-Studie passt nicht zu den aktuellen Diskussionen: Deutlich schlechtere Werte ermittelt die Studie nämlich im Blick auf eine andere „Zusammenhaltsdimension“: das Gerechtigkeitsempfinden. Nur ein sehr kleiner Teil der Befragten ist offenbar der Meinung, dass es bei der Verteilung von Gütern und Ressourcen gerecht zugeht in dieser Gesellschaft. Das meinen in Bremen gerade mal noch 15 Prozent – und das ist schon der Spitzenreiter –, in Hessen sind es 8 und in Brandenburg nur noch 1 Prozent der Bevölkerung. Die verbreitet wahrgenommene Ungerechtigkeit ist aber nicht nur ein Gefühl. Auch stellt die Studie fest: Der gefühlten Ungerechtigkeit korrespondieren tatsächliche Ungleichheit und fehlende Teilhabechancen in der Bevölkerung.

Vielfalts- und Gerechtigkeitsfragen verbinden

Darum spricht aus meiner Sicht sehr viel dafür, die Vielfaltsfrage eng mit der Gerechtigkeitsfrage zu verbinden. Dann allerdings stellen sich ganz andere Fragen und Herausforderungen als die, die zurzeit so heftig und teilweise irrational diskutiert

¹ Bertelsmann Stiftung: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017, Dezember 2017
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf

werden. Dann ginge es z.B. im Blick auf schutzsuchende Menschen nicht in erster Linie darum, sie auszugrenzen, abzuschieben und am besten gleich möglichst fern zu halten, sondern um eine Flüchtlingspolitik, die an den Menschenrechten orientiert ist und die Würde jedes Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Was würde das bedeuten? Fluchtwege würden nicht mehr verstopft, sondern offen und möglichst sicher gehalten. Die Aufnahmepolitik in Europa würde sich an den berechtigten Interessen von Flüchtlingen orientieren. Ein Nachzug von Familienangehörigen wäre wieder möglich. Und alle hier Lebenden würden möglichst schnell gleichberechtigt beteiligt.

Wir alle wissen, dass wir von einer solchen Politik weit entfernt sind und uns sogar noch weiter zu entfernen drohen. Ich lese jedenfalls mit großer Sorge, was sich die Große Koalition in Berlin im Blick auf Flüchtlinge vorgenommen hat. Um nur zwei Punkte zu nennen:

- Der Familiennachzug für subsidiär Geschützte (also z.B. für Folteropfer und Kriegsflüchtlinge) soll kontingentiert werden. Maximal 1.000 Angehörige der Kernfamilie plus eine vermutlich einstellige Zahl, die über eine Härtefallregelung hinzukommen, sollen künftig monatlich einreisen dürfen. Faktisch haben die zukünftigen Koalitionäre Anfang dieses Monats mit einem neuen Gesetz den Rechtsanspruch auf Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus abgeschafft.
- Der zweite Punkt: die flächendeckend geplanten sogenannten „AnkER-Zentren“ (Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückkehr-Zentren), in denen Asylbewerber und Asylbewerberinnen bis zu 18 Monaten festgehalten werden sollen und wo ein generelles Arbeitsverbot herrscht, Integration also verhindert wird. Dass vereinbart wurde, dort auch eine „unabhängige und flächendeckende Asylverfahrensberatung“ zu gewährleisten, ist nicht zuletzt auf die entsprechenden langjährigen Forderungen von Kirchen, Verbänden und Menschenrechtsorganisationen zurückzuführen. Die Verfahrensberatung wird aber die negativen Auswirkungen solcher Zentren nicht verhindern können. Die Folgen der Dauerisolierung von Menschen in solchen Lagern sind Perspektivlosigkeit und Stigmatisierung – ein Nährboden für Konflikte und die bekannten Diskurse von Rechtspopulisten und Rassisten.

Veränderungsenergie für die Schaffung inklusiver Gemeinwesen nutzen

Statt Menschen auszugrenzen und ihre Integration zu erschweren oder sogar zu verhindern, sollten wir uns gemeinsam für wirklich inklusive Gemeinwesen engagieren. Stadtteile, Dörfer und Quartiere, in den Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Status selbstbestimmt und solidarisch zusammenleben können. Wo alle beteiligt sind. Wo Unterschiede Raum haben, aber keine Unterschiede gemacht werden. Wo Konflikte konstruktiv bearbeitet werden und Ungleichheit entgegengewirkt wird. Ich halte das für eine der wichtigsten Aufgaben von Politik und Gesellschaft, aber auch von uns selbst als Kirchen und Verbände.

Die seit Mitte 2015 stark gestiegene Zahl von Flüchtlingen, die schnell und zuweilen unkonventionell vor Ort aufgenommen werden mussten, hat in dieser Gesellschaft viel in Bewegung gebracht. Tausende Menschen haben sich freiwillig für Geflüchtete engagiert, ersetzen an der einen Stelle fehlende hauptamtliche Strukturen und stellen existierende anderswo vor neue Herausforderungen. Die unterschiedlichsten Akteure haben gemeinsame Interessen und Ziele entdeckt. Neue Netzwerke sind entstanden. Auch etablierte professionelle Beratungsstrukturen sind in Bewegung geraten, haben überlegt, wie ihre Zusammenarbeit intensiver werden kann, welche Versäulungen

aufgebrochen werden müssen, um wechselseitig und gemeinsam die Lebenslagen aller und den gesamten Sozialraum in den Blick zu bekommen. Das sind alles keine neue Fragen. Das Flüchtlingsthema hat sie allerdings neu auf die Agenda gebracht. Insofern haben die Flüchtlinge auch als Katalysatoren der weitgehend verdrängten sozialen Frage gewirkt. Worum es uns meines Erachtens jetzt gehen muss, ist, diese Veränderungsenergie, die mit den Geflüchteten spürbar geworden ist, nicht versiegen zu lassen, sondern sie zu nutzen, um weitergehende gesellschaftliche Fragen zu thematisieren und – wie schon gesagt – Fragen von Vielfalt und Gerechtigkeit enger miteinander zu verbinden.

Demokratie weiterentwickeln

Dazu gehört auch, dass wir unsere Demokratie nicht einfach als selbstverständlich voraussetzen, sondern sie wirklich leben und weiterentwickeln.

Der Koalitionsvertrag für eine neue Große Koalition sieht vor, dass es Programme gegen Rechts- und Linksextremismus geben soll. Und auch eine Expertenkommission, welche sich mit der Frage auseinandersetzen wird, in welcher Form „die parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkten Demokratie ergänzt werden kann, und Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeiten wird“ (Entwurf Koalitionsvertrag vom 7.2.18). Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft vorgesehen.

Dass man Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie umsetzen möchte, ist ein gutes Zeichen. Es macht deutlich, dass es ein steigendes Bewusstsein für die Notwendigkeit gibt, die Demokratie nicht einfach als selbstverständlich und vorhanden zu betrachten, sondern die Herausforderungen durch den Rechtspopulismus als Anlass zu nehmen, um ein neues demokratisches Selbstbild und vielleicht auch Selbstbewusstsein aus einem (interkulturellen) Dialog heraus zu entwickeln.

Auch die EKHN und die Diakonie greifen mit zwei Projekten „Demokratie gewinnt! Mit der Diakonie Hessen!“ und dem Projekt „Demokratie stärken“ im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung die Herausforderungen durch den Rechtspopulismus auf.

Manchmal lässt uns das überzeugte politische Statement eines AfD-Politikers oder -Wählers empört aber sprachlos zurück. Die Empörung ist richtig, aber nicht ausreichend und ärgerlich, weil sie auf eine Leerstelle verweist. Sie macht deutlich, dass wir die demokratische Ordnung zu lange als selbstverständlich hingenommen haben, anstatt sie weiterzuentwickeln.

Umso wichtiger ist es, jetzt die Herausforderung anzunehmen und uns mit der Frage auseinanderzusetzen, was Demokratie zu leben auch im privaten und beruflichen Alltag in einer Einwanderungsgesellschaft bedeutet, die sich zudem in einer digitalen Transformation befindet. Dazu braucht es eine Grundhaltung des Lernens. Es braucht die Bereitschaft, dass wir uns alle gemeinsam weiterentwickeln – mit den Menschen, die zu uns gekommen sind, und auch mit den technischen Möglichkeiten, die von Menschen genutzt werden, um sich zu vernetzen und auch zu organisieren. Dabei müssen wir prüfen, was Demokratie gefährdet und was Demokratie befördert – und zwar so, dass sie selbst politische Organisationsform für ein gutes und gerechtes Zusammenleben wird. Für ein Zusammenleben in Vielfalt, die verbindet.